

Sächsische Volkszeitung

Wegungspreis: Sächsisches frei. Hans Ausgabe A mit illustriertem Beilage 19.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postbelegsgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Verschwinden der Reaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Bezugspreis: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, vor Samstagnachmittag 11 bis 12 Uhr neu. — Preis für die Beil.-Zeitung 1.40 M., im Stellvertretet 3.50 M., Samstagnachmittag 1.80 M. — Für mehrfach getatete Anzeige, sowie durch Geschäftsräte angegebene Angaben nimmt die Zeitunglichkeit für die Hälfte des Tarifs nicht berechnen.

Unerhörte deutschnationaler Schmähung

„Das internationale Jesuitentum“ „Die schwarze Internationale“ „Schwarze Seelenräuber“

Wir durchleben jetzt eine Zeit höchster, nationaler Not. Es ist hochrechlich zu sehen, daß in dieser Zeit in weitesten Volkskreisen der Willkür zum gemeinsamen Handeln sich zeigt. Nur so bedauerlicher ist es, daß in diese Einheitsfront deutsch-nationale Kreise Sachsen einen grellen Blöden bringen. Einen geradezu unglaublichen Beitragstiel veröffentlicht jetzt die deutsch-nationalen „Sächsische Landeszeitung“ (Nr. 7 vom 18. Februar). Schon die Art, wie das deutsch-nationale Blatt der Reichsregierung Schröder vorwirkt, ist angesichts des gegenwärtigen Augenblicks und vor allem in Hinsicht der durchaus einwandfreien Haltung des der Deutschen Volkspartei angehörenden Außenministers Simon ein starkes Stück. Die „Sächsische Landeszeitung“ erklärt, „die Regierung sei schwach, weil ihre Scheinmacht auf idoneen Füßen ruht, weil sie nur gebildet wurde, um zu regieren und nicht, um die unvergänglichen Rechte des deutschen Volkes zu erkämpfen, zu verteidigen“. Wir bereiben die Leser des deutsch-nationalen Blattes nicht, die sich einen derartigen Unfall gefallen lassen müssen — und gefallen lassen. Dann sagt der Artikelbeschreiber, die Reichsregierung suche darum „in fortgeschrittenen Verhandlungen, durch fortgesetzte Zugeständnisse sich zu retten, sich zu erhalten. Nach innen, nach außen. Und wenn das Volk darüber zugrunde geht.“ Man beachte: Diesen Vorwurf macht das deutsch-nationale Blatt einer bürgerlichen Regierung. Und das, trotzdem Außenminister Simon sofort nach dem Bekanntwerden des Partei-Diktats sein Amt zur Verfügung stellte. Das scheint das deutsch-nationale Blatt „übersiezen“ zu haben. Auf solche kleine „Versehen“ legt man aber wohl im deutsch-nationalen Lager, wie manche Vorgänge der letzten Zeit bewiesen haben, weniger Wert. Glaubt das genannte Blatt wirklich, daß es für die Männer, die jetzt an der Spitze der Reichsregierung stehen, ein Vergnügen ist, dort die Geschäfte zu leiten? Heber vernünftiger Mensch wird zugeben müssen, daß die Männer der gegenwärtigen Reichsregierung in diesem Augenblick nur restloses Pflichtgefühl veranlassen kann, weiter auf ihrem Posten auszuhalten. Deshalb ist auch das Rücktrittsgesuch des Außenministers vom Reichspräsidenten nicht angenommen werden und deshalb ist er auch auf seinem Posten verblieben. Das deutsch-nationale Blatt hat aber den Mut — am 18. Februar 1921 — zu schreiben, die Reichsregierung suche sich zu erhalten — „und wenn das Volk darüber zugrunde geht“. Aber damit nicht genug. Die deutsch-nationalen „Sächsische Landeszeitung“ wirft der Reichsregierung „Verrat am Volk, Verrat am Vaterland“ vor und sagt dann wörtlich weiter:

„Warum hat sie das getan? Aus Zwang und Not? Gibt es einen Menschen, der sich aus Zwang und Not die Hände abschlagen ließe, um Angreifer nicht mehr abwehren zu können? Das internationale Jubizium und das internationale Jesuitentum, die goldene und die schwarze Internationale sind es, die ein Interesse an der dauernden Schwächung des deutschen Volkes haben, die eine, weil sie sich selbst in Raubtiergier in den Besitz des Volles noch aus früherer Zeit verbliebenen Schäfe sehen will und in dem ohnmächtigen Volke billige Arbeitskräfte er-sägt. Die andere, weil ein politisch entzerrtes, wirtschaftlich gerütteltes Volk auch seelisch widerstandlos wird und den schwarzen Seelenräubern als Beute in den Schuh füllt.“

Wenn man das nicht schwarz auf weiß in Nr. 7 der „Sächsische Landeszeitung“ lesen würde, würde man selbst nach allen, was man bisher von deutsch-nationaler Seite erlebt hat, das einfach nicht für möglich halten. Vor es ist leider Tatsache: Diese Schafe sind geschrieben worden und jeder kann sie in der „Sächsische Landeszeitung“ nachlesen. Jeder anständige Mensch muß sich mit Stolz von einer solchen Kampfweise abwenden. „Internationales Jesuitentum“, „schwarze Internationale“, „schwarze Seelenräuber“ — das sind die freundschaftlichen Gefühle, denen ein deutsch-nationales Blatt Ausdruck verleiht.

Es darf bei dieser Gelegenheit wohl daran erinnert werden, daß dasselbe deutsch-nationale Blatt schon sechs Wochen nach der Revolution, nämlich Ende Dezember 1918, eine standhaftige Hebe gegen Jesuiten und „schwarze Internationale“ entfaltet hat, und zwar in einem Augenblide, wo damals in Dresden, Leipzig und anderen Städten Protestanten und Katholiken

gemeinsame Abweherversammlungen gegen die Russischen Truppen abhielten. Es sei nur an die gewaltige Kundgebung im Kursaal Sarajani in Dresden erinnert. Heute — angesichts des Partei-Diktats — wiederholt sich der gleiche Skandal nur, daß das deutsch-nationale Blatt noch einen Schritt weiter geht und sich erdreistet, von „schwarzen Seelenräubern“ zu sprechen. Solche Schimpfwörter findet man gewöhnlich in konservativen Blättern. Man sieht auch hier wieder einmal, wie die Extreme sich verschlieben. Wir wollen uns heute zur Jesuitentage selbst nicht äußern. Es wäre dem Schmähkästel und dem Blatte, das ihn als Spionenartikel bringt, zu viel Ehre anzutun, wenn wir uns näher damit beschäftigen. Über vielleicht wird auch König Friederich II., der große Preußenkönig, noch einmal des „Verrates am Vaterland“ nachträglich beschuldigt, wenn das deutsch-nationale Blatt erfährt, daß dieser König folgendes an seinen Gesandten Schöpfer schrieb:

„Wenn sich Ihnen günstig Gelegenheit bietet, den Papst zu sehen und zu sprechen, dann mögen Sie ihm meine Aufwartung machen und ihm dafür danken, daß er mir meine Jesuiten gelassen hat.“

Wie zweifels nicht, daß die unehrenhafte Schmähung des deutsch-nationalen Organs auch in weiten evangelischen Kreisen, die nicht auf dem Boden der Zentrumspartei stehen, schärfste Missbilligung erfahren wird. Über um so mehr haben wir Veranlassung, für immer festzuhalten, daß ein deutsch-nationaler Blatt es ist, welches in schwerster Vaterländerischer Not den konfessionellen Frieden gebrochen hat, welches sich nicht entblödet, zu sagen, daß die schwarze Internationale „ein Interesse an der dauernden Schwächung des deutschen Volles“ habe, und zwar deshalb, „weil ein politisch entzerrtes wirtschaftlich gerütteltes Volk, auch seelisch widerstandlos“ werde und „den schwarzen Seelenräubern als Beute in den Schuh falle“. Und daselbe Blatt fordert dann noch die Deutschen auf, eine Front zu bilden. Zu einem zweiten Artikel der „Sächsische Landeszeitung“ (Nr. 7) wird erklärt, die Rettung unseres Vaterlandes aus Not und Verelendung könne „nur von der Deutsch-nationalen Volkspartei“ kommen. Diese Partei, so wird dort erklärt, „allein verfügt über wirklich aussendende Kräfte, sie allein kann unserem Vaterlande das wieder bringen, dessen es so dringend bedarf: Ordnung, Ruhe, Geschäftlichkeit“. Wenn man diese Worte mit den vorhergegangenen Beschimpfungen vergleicht, kann man sich ungefähr vorstellen, was diese Kreise unter „wirklich aussendeenden Kräften“ verstehen.

Von einer so zischen und einschneidenden, schärfstechenden Tat werden auch die Gegner können müssen, die nur zu genau wissen, was den unglückseligen Fall Herdt so hundertfach so verfahren hat, und Herdt auch den Fall Marx so handelt sich um einen Brief Herdt an einen jüdischen Antragsteller, dem rückwärts gesagt wird, daß auch Juden in der Deutsch-nationalen Volkspartei sich betätigten könnten, wenn sie nur dafür sorgten, daß sie durch Herdt höhere Rücksicht den nötigen Erfolg sich verschaffen! noch nicht vergeben haben. Der Fall Herdt ist ein neuer Beweis, wie sehr Herr Herdt die Existenz der Tugendwerte seiner Handlungen verachtet läßt. Als die Spitze der Deutsch-nationalen Volkspartei nach endlich eine Möglichkeit treten, kein schamloses Rohe mit peinlichen Angriffsschlägen. Herr Herdt mag seinen Traum, nach dem 28. Februar preußischer Ministerpräsident zu sein, mit dem Deutschen Minister als Finanzminister und dem Deutschen Postamt als Postminister — so gingen doch wohl die Vorbesprechungen, Herr Herdt, nicht wahr? — aufzuführen. Die „Berichterstattungen“ schärfen lediglich das Urteil ab, das sich leicht versteht und auf eine Tradition sich stützende Kreise der Deutsch-nationalen Volkspartei schon längst gebildet haben. Dresden wie Reichenbach sind politischen Leben, fordern wir die politische Führung in neuen Deutschland für uns, dann müssen wir zunächst an uns zeigen, daß wir diese Forderungen zu erledigen auch berechtigt sind. Diesem Zweck sollen diese, wie gesagt, etwas beizutragen erscheinen, aber unbedingt vorwiegend Seiten dienen.“

So kann uns natürlich nicht einfallen, auf die Gelegenheiten der eben aufgetretenen Mitteilungen einzugehen. Um weiter zu zeigen, wie es innerhalb der Deutsch-nationalen aussieht, ist an folgendem von Interesse: Vom Mittwoch herunter an die Deutsch-nationalen, die ja an sich authentisch sind, noch ein besonderer Artikel, der den Kampf gegen die Juden mit einem verschärfenden Nachdruck führt. Unter dem Druck der Räsonnen dieses Blattes haben beispielhaft die deutsch-nationalen Abgeordneten von den Reichstag, Kreisrat, Kreisamt von Görlitz und deren Vater, der berühmte Berliner Staatssekretär von Goede, die Deutsch-nationalen Partei verlassen müssen. Jetzt wird jetzt von den Vertretern dieses Blattes gegen Dr. Helfferich gestellt, es zum Beispiel gegen Helfferich: Auch er, Helfferich, gehört zu jenen, die die Deutsch-nationalen zur Wahl in Südsachsen angesprochen nach den letzten Reichswahlwahlen, ist hierzu bestimmt: Mit dem Wahlgang ist die Annäherung in der Deutsch-nationalen Volkspartei vorbei! Helfferich ist befürchtet mit den Räumen des alten Regimes und wird die einer Reform in unserem Staat nützen können. Helfferich steht zu denen, welche die neue Zeit als verloren wecken und hier nach den alten Zuhören scheinen. Wie wollen aber nicht mehr das Deutsche Reich, das von einem Dutzend Juden, die sie in die Reichsbank leihen, an der Rute herumgeführt wird. Wir wollen nicht mehr das alte Deutsche Reich, in welchem jüdischer Adel dominierte. Aber das neue Deutsche Reich wird und Helfferich nicht bringen! Eine ganze Vergangenheit in einer unterschiedlichen Reihe von Personen einer großkapitalistischen Generation! Helfferich wird dann weiter wegemorren, daß er das von ihm jetzt aufsetzte aufseitliche Hindernisprogramm lediglich auf die geob-industriellen und großkapitalistischen Interessen abgestellt habe. Es heißt dann weiter: Die britischen Streitkräfte sind mit zu gewissen Teilen die Folgen der falschen Helfferich-Politik. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich beide behaupte, daß unter jener Leitung der Deutsch-nationalen Volkspartei die rechtskonservativen Politik keiner besser als unregelmäßig aufzutreten. Natürlich sind ja auch verantwortliche Juden oder deren Soldaten innerhalb der Partei — man ohne Zweifel, dazu nicht nur eben auch hier bei uns eingewandert, man, wie in der Deutschen Volkspartei, die Jüdische Nachwelt — Bürger — und jüdische Bürger — und die jüdisch verbotene Ehe — ebenso — zu beobachten.

Um diese Nebensachen zu machen, müssen wir nun einmal auf den Fall von den Reichstag zurückkommen. Die deutsch-nationalen Kreise können nur immer noch darüber aus, Herdt hatte bekannt, daß ein ehemaliger Steuerinspektor die Viehhändler und Steuererklärungen im Erzgebirge genommen habe, die nunmehr verjährten sind. Das Ebersteiner sozialdemokratische Blatt, die „Freie Presse“, erinnert sich nun die indirekte Frage, ob dieser namenhafte Steuerbeamte nicht ein junger Mann Karolus Simon ist, der beim Landesbaumanbau Eberstein beschäftigt war. Dieser Steuerbeamte Herdt habe von dem Herrn Herdt einen Einladung zu einem Mahlgelegen in einem Ebersteiner Hotel erhalten und zwar als er, der auch durch sein deutsch-nationalen Gewinn nicht mehr politisch interessiert war. Der Steuerbeamte Herdt aber bei heute kein Fabrikarbeiter längst und hat dort wahrscheinlich auch Steuerbeamten nach „Karolus“.“ Wir müssen dem bezeichneten Ebersteiner Blatt die Bedeutung für diese Einzelheiten überlassen. Wenn wir aber noch an den nunmehr gefälligsten Karolus Simon erinnern, der in einem großen Minenbaubetrieb beschäftigt verpflichtet und nunmehr im Auto nach dem Auslande geflüchtet ist, an denselben Simon, der sich rühmt, der Anwälte der Deutsch-nationalen Volkspartei und sogar als deren Vertrauensmann tätig sei, dann dürfte man doch ein Bild von Zuständen in dieser Partei bekommen, die so leicht nicht übersehen werden können. Ob eine solche Partei die Berechtigung hat, sich als Hüterin der politischen Reinheit und der politischen Moral aufzuführen, müssen wir getroffen dem Urteil der Leser überlassen.

Der Krach bei den Deutsch-nationalen

Zweckmäßigkeiten der Deutsch-nationalen Volkspartei herrschten gegenwärtig Zustände, wie sie noch in keiner anderen Partei während der Zeit des größten inneren Tiefstandes zu verzeichnen waren. Durch den Hinauswurf des Reichstagsabgeordneten Wulle aus der Redaktion des am laufenden deutsch-nationalen schreibenden Berliner Organs „Deutsche Zeitung“ sind viele dieser Dinge bekannt geworden, da Wulle seine engen Freunde in Rückläufen über die Tiefbüro unterrichtete, die gegen ihn wirkten würden. Es sind da Dinge enttarnt worden, die geradezu unglaubliche Haltung des deutsch-nationalen Volkes im Reichstage, des Abgeordneten Herdt, in der Frage der Einheitsfront, haben zu sichtlichen Wirkungen innerhalb der Deutsch-nationalen Partei gegeben. Nun hat ein Deutsch-nationaler einen Artikel verfaßt, der mit äußerster Schärfe gegen Herdt Stellung nimmt. Der Artikel ist, da er von einer deutsch-nationalen Seite nicht aussernommen wurde, als Standesherrschaft veröffentlicht worden. Es wird darin gesagt, daß aus vertraulichen Mitteilungen über die Verhandlungen wegen des Käufchens der Deutsch-nationalen in das Reichstagswahlkreis ein geradezu erstaunliches Bild von der Führerlosigkeit der Deutsch-nationalen Volkspartei sich erzebe. Von Herdt wird gesagt, daß er sich bei den Verhandlungen eine „vernichtende Blöße“ gegeben habe, ja noch mehr, daß er eine Persönlichkeit sei, die sich durch einen „rechte negativen Nutz“ auszeichnet, „auch vor der Öffentlichkeit für das eingestehen, was sie hinter den Kulissen verfahren hat“. Es wird weiter darin festgestellt, daß Herdt überhaupt ableugnen wollte, daß Verhandlungen stattgefunden hätten. Herdt könnte von Bild sagen, daß die Deutsche Volkspartei hier von rechtzeitig Wohl erhalten habe und so loyal gewesen sei, den Führer der Gegenpartei vor einer offenkundigen Unwahrheit zu bewahren und ihm Gelegenheit zur Selbstbehauptung zu geben. Der Schluss der Ausführungen hat folgenden Wortlaut:

„Rein, wenn einer verschwinden muß, ist es Herr Herdt. Sei es, und das schlemmt, auf jeden Fall noch vor den Wahlen.“

Deutschland und der Osten

Der Außenminister Dr. Simon steht in der Kritik, da er jüngst in Stuttgart gehalten hat, in Kürze auch das Ostproblem. Mit vollem Recht hebt er dabei hervor, daß die Reparationsfrage nicht endgültig regelt werden kann, solange die Beziehungen im Osten nicht eine völkerliche Stärke erhalten, eine Stärke, die u. E. nur dann von Westen und Osten sein kann, wenn die berechtigten Belange des deutschen Reiches bei Regelung der östlichen Fragen gewahrt und berücksichtigt werden. Deutschland, das am Osten ausführlich interessiert ist, muß dabei gehört werden. Weder der Friede von Versailles noch die zwischen Polen und Russland getroffenen Vereinbarungen von 1920 haben die Ostfrage einer Lösung näher gebracht. Darüber läuft auch bei den Gegnern durchaus ein ernsterstreiter nicht bestehen, wenn sie an die Überwältigungen des vorigen Jahres zurückdenken. Und wer weiß, was für Überraschungen nach dieser Wiederauflösung hier in diesem Jahre bevorstehen. Die völkerliche und sozialistisch verfolgte als unmöglich erklärte Deutschen vom russischen Wirtschaftssachiel ist auf die Dauer ein durchaus unbeherrschbarer Zustand. Wir haben schon früher nicht untersetzen, daß auf dem Balkan — und der Benitowabordnete Svanet hat dies ausdrücklich der Ausdruck über die Konferenz von Spa im Reichstag vornehmlich getan — daß die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zwecklos eine der wichtigsten Fragen der Zukunft sei. Dabei bleibt jedoch ausstärke zu beachten, daß die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen diesen Ländern niemals zu einer Einigung in den rein sozialistischen Beziehungen führen darf. Es wäre nicht möglich, zu einem wirtschaftlichen Gütertausch mit Russland zu kommen, wenn etwa die Sowjetrepublik die wirtschaftlichen Beziehungen dazu benötigen würde, ihre sozialistischen Ideen, die die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes plattum ablegt, in Deutschland zu propagieren, eine Sache, die durchaus im Bereich der Wohlwollenden liegen dürfte. Wie sind der Meinung, daß der sozialistische Wu. und Russland eines Landes einsig und allein von dem Willen seines eigenen Volles abhängt. Im übrigen ist der Gedanke der wirtschaftlichen Annahme Deutschlands an den russischen Markt, von dem der Außenminister Dr. Simon auch schon früher gesprochen hat, nun zu begreifen. Wir stimmen ihm daher zu, wenn er sagt, es würde im Interesse der Entente liegen, die deutsche Industrie statt auf ihre eigenen Märkte auf die des Ostens hinzuziehen.

Können die Neubefestigungen der Vergleute eingestellt werden?

Wie der "Tempo" meldet, soll am 1. März eine Verhandlung der Reparationskommission mit den russischen Kohlenverträgen stattfinden, um das Lieferungsprogramm für den Monat April zu bestimmen. Für die Monate Februar und März bleibe es bei den vorgeesehenen Lieferungen von 200 000 Tonnen plus 250 000 Tonnen Rückstände. Damit ist die Kohlenlieferung wieder einmal in ein kritisches Stadium gerückt. Noch steht allerdings nicht fest, ob Lloyd George angesichts der Tatsache, daß die Bergarbeiter in Wales Hunger leiden und die Arbeitslosigkeit in England immer größer wird, weil Frankreich seinen Magen mit deutschen Kohlen überlädt, diesem Pfeifer die Zustimmung gibt. Wenn die Meldung des "Tempo" wirklich das lezte Wort darstellt, wird dem deutschen Erwerbsleben ein unerträglicher Schlag versetzt. Die deutsche Volkswirtschaft wird ihren dringendsten Bedarf, der schon bislang nicht mehr gedeckt werden konnte, nicht mehr entfernt gedeckt sehen, weitere Arbeitslosigkeit wird die unausbleibliche Folge sein. Schon die bisherigen Kohlenlieferungen an die Entente waren nur möglich infolge der gewaltsamen Kraftanstrengung unserer heissen Bergarbeiter. Sie, an deren Kräften während des Krieges vielfach Raubbau getrieben waren, haben nun schon seit Monaten Überlastungen gefahren, trotz physischer Ermüdung, von dem heissen Drang besetzt, der deutschen Industrie möglichst viele Kohlen zu liefern, auf daß ihrer erneuernden Brüder das thäliche Werk verdien zu können. Zugzwischen sind nun Stimmen laut geworden, die sich für Einstellung der Neubefestigungen aussprechen. Gleich ist dieser Vorfall begreiflich, seine Erfüllung in diesem Augenblick würde jedoch von katastrophaler Wirkung sein. Wie schon heroverhoben, ist ja die Zahl der an Frankreich zu liefernden Tonnen nicht verringert worden; es soll vielmehr noch eine gewaltige Steigerung erfahren. Bleibt die Kohle in der verlangten Höhe aber aus, so erhält von neuem das Gesetz einer eventuellen Besetzung des Rahmohrbedarfs, eine Maßnahme, unter der auch unsere Bergarbeiter persönlich zu leiden hätten. Daheim liegt eine starke Kohlensteigerung unabdingt im Interesse Deutschlands. Von ihr hängt die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ab. An, all dieses und nicht zuletzt an die vielen frierenden Kinder wird der Bergmann denken müssen, ehe er von dem Neubefestigungsabkommen abschlägt.

Außerdem liegt auch, rein wirtschaftlich betrachtet, die Richtigkeit des Abkommens noch für absehbare Zeit im Interesse der Bergleute selber. Abgesehen von den erheblichen Bodenschätzungen und erhaltenen Bergleute Zuwendungen an Lebensmittel und Bekleidungsstücken zu erheblich verbilligten Preisen. Diese Zu-

wendungen sind für die Bergarbeiter eingestellt. Es schreibt entbehrlich. Beim Wegfall der Überschüttungen würde daher naturnotwendig die Frage auftauchen, inwieweit der durch Wegfall der Überschüttungen zuwendungen entstehende Ausfall durch eine Rohraufbeschaffung ausgleichen werden könnte. Letztere wäre, wenn die Kohlenförderung nicht gesteigert würde, nur bei gleichzeitiger Erhöhung des Kohlenspreises denkbar. Man muß aber einmal ins Volk gehen und die vielen Klagen über die Qualität und die manigfachen Sorgen über die heute kaum noch erlöhnigbaren Kohlenpreise hören, um zu wissen, daß eine Erhöhung derselben ganz abgesehen, daß sie im Interesse unserer Volkswirtschaft ganz unvertretbar wäre. Die deutsche Kohle würde bei einer nochmaligen Preiserhöhung gegenüber der qualitativ teilweise besseren englischen und amerikanischen Kohle nicht mehr konkurrenzfähig sein. Die indirekten und schwersten Rückwirkungen auf die Industrie Deutschlands sind damit gelenkzeichnet. Ein Ausgleich des durch Wegfall der Überschüttungen eintretenden Rohrausfalls ist also nur durch eine Mehrlieferung an Kohle erreichbar. Bei dieser Stütze wäre nun zu erwarten, ob wir in Deutschland nicht einen ähnlichen Weg gehen können, wie er in England bei völliger Übereinstimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreut wurde. Dort hat man eine Kohlensteigerungsfeste festgelegt, bei der die Produktionssteigerung ein wesentlicher Faktor ist. Eine solche Mehrlieferung kann dreifach bedingt sein, zunächst durch technische Verbesserungen der einzelnen Werke, durch größere Leistung des Einzelnen und schließlich durch Eröffnung eines günstigeren Verhältnisses der produktiven zu den unproduktiven Belegschaftsmitgliedern. Technische Verbesserungen sind innerhalb kurzer Zeit — und wir haben bei dem Kohlenproblem mit jedem Tage zu rechnen — nicht durchzuführen. Ebenso ist die Verbesserung des Verhältnisses der produktiven zu den unproduktiven Arbeitern nur durch Änderungen der letzteren erreichbar. Das kann auch nicht von heute auf morgen erreicht werden. Daß aber die beiden genannten Verbesserungsvorschläge ausgeführt werden, darf wohl mit Bestimmtheit angenommen werden. Heute und für die nächste Zeit ist aber nur die Erweiterung der Mehrlieferung durch vermehrte Leistung des Einzelnen möglich. Daß diese jedoch innerhalb der gewöhnlichen Lebensspanne nicht eintreten noch nicht durchzuführen sein dürfte, werden unsere einfältigen wadener Bergarbeiter durch Verhinderung der Neubefestigungen weiterhin für die Grundlage unseres Wirtschaftslebens Sorge tragen müssen.

Der innere Aufbau Deutschlands

Unter diesem Titel finden sich in der Wiener Reichspost vom 10. Februar folgende Ausführungen: "Abgeordneter Erzberger hat zweifellos durch seine vielseitigen politischen Aktionen zahlreiche Angriffsflächen geboten. Seine Haltung in der Frage 'Zentralismus oder Föderalismus' ist dabei in Süddeutschland vielfach mißverstanden worden. Erzberger ist aber nach Mitteilungen seiner Freunde vor allem davon ausgegangen, daß Preußen in seinem bisherigen Umfang und zentralen Aufbau eine Gefahr für die Reichsregierung, wie auch für die süddeutschen Länder bildet. Dieser Gesichtspunkt ist auch für Österreich zweifellos richtig. Erzberger will daher nicht eine Streitfrage der Berliner Generalratte gewaltsam auf Kosten der einzelnen Staaten, das heißt aller Einzelstaaten, sondern auf Kosten Preußens. Dieser Staat ist ja ohnedies heute nicht mehr das, was er einmal war. Denn ohne preußische Arme, ohne preußische Staatsbahn und ohne zentralistische Verwaltung durch den von König ernannten Landrat ist ja Preußen nicht mehr, was es war. Mit dem Ausbau der Selbstverwaltung der preußischen Provinzen wird die Macht der preußischen Staatsregierung noch mehr eingeschränkt werden und es ist daher wirklich nicht einzusehen, warum denn die 'Aufzurufen' im Rheinlande und in Niedersachsen noch weiter von Berlin regiert werden müssen. Wenn man diese Ziele, die Erzberger nach den Mitteilungen seiner Freunde im Auge habe, in Petradi sieht, so ist wohl die vielleicht gehörige Erwartung seiner Haltung in dieser wichtigen Frage des Reichsaufbaues Deutschlands vielfach ein Mißverständnis. Am übrigen aber ist der scharfe Kampf gegen diesen Politiker doch vor allem darauf zurückzuführen, daß er seit 1916 für eine rasche Liquidation des Krieges eintrat, daß er es war, der dann den schweren Gang zu Marshall doch unternahm und daß er endlich den Mut und die Entschlossenheit hatte, die neuen Steuern im Reichstage durchzuführen. Die Deutschnationale Partei, die durch den Ruf nach der Annexion Belgien, nach ihrem Eintritt für den Unterseebataillon, durch ihre Agitation für soziale Bestimmungen in den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest so viel zum Misstrauen Deutschlands beigetragen hat, diese Partei sucht sich jetzt durch scharenhaften Kampf gegen Erzberger zu entlasten. Das ist ein Vorwand, gegen den vom Standpunkt der politischen Moral Einspruch erhoben werden muß. Es soll und darf niemandem verboten werden, andere politische Ansichten zu haben, aber man darf den politischen Kampf nicht zu einem persönlichen verschärfen."

Zur Eröffnung des englischen Parlaments

London, 15. Februar. "Evening News" meldet, daß insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse in Lancashire, wo Brandstiftungen im großen Maßstab stattfinden, vorläufige Vorrichtungen in naher Zukunft ergriffen werden, um bei den möglichen Stattfindenden Eröffnung des Parlaments durch den König jeden Anschlag zu verhindern. Das Oberhaus wird scharf bewacht. In verschiedenen Stellen werden zur Beobachtung des Parlaments bewaffnete Posten aufgestellt. Man erwartet in dieser Woche eine wichtige Erklärung Lloyd Georges über die Politik der britischen Regierung. "Wall Mail Gazette" erfaßt, Lloyd George werde bereits morgen abend eine Erklärung über die Reparationsfrage abgeben. Alle Minister sind nach London zurückgekehrt. Es handelt sich um eine Ministrersitzung statt, die sich mit der irischen Frage und der Räumung von Meieropiumaten befaßt. Zweifellos war in dieser Sitzung auch von der Wiedergutmachung die Rede. Nach der Kabinettssitzung verläutete, daß Lloyd George nach seiner Ankündigung auf die Thronrede des Königs eine Replik auf die Gutshäuserrede Dr. Simons halten werde. Es wird verhört, daß Lloyd George fest entschlossen ist, an den in Paris festgesetzten Entschlüssen festzuhalten und zu betonen, daß Frankreich und England fest zusammen stehen werden in bezug auf die Behandlung der Wiedergutmachungsfrage. Es wird die Ansicht zum Ausdruck bringen, daß Deutschland bestande sei, die Sanktionen aufzufordern. Es ist nicht zu erwarten, daß die Ententemächte auf die Herabsetzung der Sums für die Wiedergutmachung eingehen werden. "Star" meldet: Heute wurde nichtamtlich mitgeteilt, daß beim Ausdrucken einer bestiegenen Antwort der Regierung betreffend die Schiefer von Holloway der allgemeine Streik der Lokomotivführer und Heizer am Donnerstag um Mitternacht beginnen werde.

Die englische Thronrede

London, 16. Februar. Das Parlament wurde durch den König mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: "Meine Belehrungen zu den auswärtigen Mächten haben Ihren freundlichsten Charakter bewahrt. Ihnen zugetragen werden in London Konferenzen abgehalten. Unsere Söhne aus dem letzten Kriege, sowie die Veteranen Deutschlands und der Weltkrieger werden daran teilnehmen. Ich hoffe zuversichtlich, daß dadurch

weitere Fortschritte in der Ausführung des Friedensvertrages in der Herstellung der Eintracht und in der Wiederherstellung des Rechts im nahen Osten erreicht werden. Ich neige die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die auf ein Handelsabkommen mit Russland gerichtet sind, schließlich eine befriedigende Lösung finden werden. Der Herzog von Connaught hat die neuen Ratssitzungen in Indien eröffnet, in der Hoffnung, daß die neue politische Verantwortlichkeit, die meine Untertanen in Indien auf sich genommen haben, in naher Zukunft eine Beseitigung jedes politischen Konflikts sichern werden. Die Politik meiner Regierung hinsichtlich Englands, soweit sie sich aus den Untersuchungen des im Jahre 1919 eingerichteten Sonderausschusses ergibt, wird Ihnen unterbreitet werden. Ich bin absichtlich, daß Vorbereiungen getroffen werden sind zwischen meinen Ministern in London und ihren Kollegen in Russland, ihren persönlichen Gedanken austausch zu ermöglichen, der während der letzten zwei Kriegsjahre und während der Friedensberatungen so gute Ergebnisse gezeigt hat. Es wird, wie ich hoffe, möglich sein, daß die Premierminister von Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union und Neuseeland sowie die in Indien nach Großbritannien kommen werden. Ich vertraue darauf, daß die Erörterungen, die bei Ihren Besuchen stattfinden sollen, in weitestem Maße dazu beitragen werden, die auswärtige und die innere Politik des Reiches zu vereinheitlichen. Eine Herren vom Unterhause! Der Kugel voran schlägt für das nächste Finanzjahr wird Ihnen zur angeborenen Zeit vorgelegt werden. Dieser Vorschlag bringt die Entschlossenheit zum Ausdruck, die Ausgaben so einzuschränken, wie es sich mit der Wohlfahrt des Reiches verträgt. Die Folgen des Krieges legen der Nation Verpflichtungen auf, deren sie nicht ohne schwere steuerliche Belastung gerecht werden kann. Aber es ist unbedingt notwendig im Interesse eines ruhigen Wiederaufbaus des Handels und der Industrie, daß diese Wiede so sehr wie möglich erleichtert wird.

Die Lage in Irland

erfüllt mich auch weiterhin mit Verwunderung. Ein vom rechten Wege abgedrehter Teil des irischen Volkes führt fort Methoden in verbrecherischer Gewalt anzuwenden, um eine unabhängige Republik herzustellen. Weder die Einheit Irlands, noch eine autonome irische Regierung können durch dieses Mittel erreicht werden. Die Vorbereiungen zur Inkraftsetzung des Gesetzes über die Steuererhebung in Irland sind jetzt so weit gefordert und ich hoffe aufrichtig, daß in einer nahen Zukunft die Würde des Volkes ihre Entschlossenheit Kundgeben wird, die Gewalttäter zu verurteilen und bei der Anwendung eines Gesetzes mitzuhalten, das ihm die Verantwortlichkeit einer autonomen Regierung verleiht, und daß die Schaffung eines Organismus vorliegt, durch den seine Einheit mit konstitutionellen Mitteln verwirklicht werden kann.

Eigentlich stützte Gert ihn sofort auf seinen Lodenkops. Doch er passte nicht! Er war zu groß!

Gottsucht begnügte das Kind ihm von allen Seiten.

"Sieh nur, sieh, Mama! Was ist das?" rief er plötzlich, etwas aus dem Hinter herzogend. "Gewiß hat das die Cousine für dich hingestellt. Sieh doch, Mama! Dies! Was schreibt sie?"

Und Salomea las die wenigen Worte auf dem Umschlag:

"Für die lieben Kinder mit innigem Gruss von Ihrer Cousine."

"Da ist auch noch was drin!" drängte Gert, der auf einmal ganz munter wurde. "Guck doch mal hinunter, Mama!"

Bögernd öffnete Salomea den Umschlag.

Eine Banknote stieß darin. Gert traute Salomea ihren Augen nicht. Tausend Mark!! Tausend Mark!! Unmöglich! Das wäre ja genau Geld, um ihre drückenden kleinen Schulden zu bezahlen! Und vor allem — um ihr geliebtes, kleinkind Kind an die See zu schaffen, damit es dort wieder gefunfen!

Tausend Mark!!!

Und plötzlich stürzte sie mit einem Jubelschrei auf ihr Söhnchen zu. Fest, fest drückte sie den kleinen gerechten Körpser an sich, während Tränen des Glücks aus ihren Augen strömten.

"Mein Liebling! Mein Herzblatt!! Wir haben Geld! Du kannst an die See, wie der Doktor es verordnet hat! Du wirst wieder gesund werden und viele Bäckchen bekommen und klare Augen!! O —"

Und die Kinder schauten verwundert zu, bis auch sie in den Jubel mit einstimmten.

So lustig hatten sie die erste Mutter noch nie gesehen.

Um nächsten Morgen erschien Trägards von Dasselbode unter ei deren vielen Poststücken einen lächelnden kleinen Brief.

Er enthielt nichts weiter als folgende Worte:

"Jüngster Dank einer Mutter, der Sie das Leben ihres Kindes retten durch Ihr großmütiges Geschäft. Mein Söhnchen war schwer krank. Morgen gehe ich mit ihm an die See. Richtigstes Ausführlichstes! Ich bin jetzt zu aufgeregzt, um mehr freudlich zu können. Die Kinder lassen Ihre geliebte Cousine, besonders Gert, dem Sie sein junges Leben wiedergeben. O, könnte ich jemals etwas für Ihr Glück tun! Mit Freuden sollte es geschehen!"

"Ihre ewig dankbare Salomea."

"Vorlesung folgt!"

Du sollst nicht richten

Nomar von Erich Frieden

(16. Vorlesung.)

Tag und Nacht wußt Salomea nicht vom Krankenlager ihres Kindes. Der Wutte mit den beiden Tochterchen hatte das andere Zimmer besetzt, das sonst als Wohnraum diente — aus Voricht, damit die kleinen Mädchen vor Ansteckung bewahrt blieben.

Salomea duldet auch nicht, daß er selbst mit dem Kranken in Verbindung steht. Klein wollte sie mit dem unsichtbaren Feind, der ihr das heiligste Kind zu rauben drohte, fertig werden.

Wie oft soll der anbrechende Morgen die arme Mutter vor dem kleinen Bettchen auf den Stufen steigen und heiße Gebete murmur, während der kalte Frostenden Herzens an der Tür hockte, in verzweifelter Angst, daß der treulose Mann seine kleinen verkrüppelten Arme um den kleinen mit dem Tod ringenden Körper feier und fest schließen könnte. . . Und Mina, die das Kindesglück zwischen den beiden getrennten Parteien spürte, erzählte dem trostlosen Mann immer wieder unter Schluchzen und Tränen, die arme Madame werde von Tag zu Tag bleicher und magerer, indem das Gesicht des kleinen Kranken ganz rot und aufgeschwollen wäre.

Trotzdem — ein Morgen blaue heraus, da öffnete der kleine Patient seine Augen zum ersten Male wieder voll und klar und blickte sie auf die blonde Frau an seinem Bettchen, die nur ein Schatten ihres früheren Selbst ausfah.

"Mama!"

Leise, kaum vernünftbar bandte es zu Salomea hinüber. Aber die Mutter hörte den Laut.

Mit einem unterdrückten Jubelschrei stürzte sie an dem Bettchen wieder, das kleine Gesicht, die abgemagerten Händchen mit kleinen bedeckten.

Gierig! Die Kritik war dockel —

Und doch — trotz alter Pflege und obgleich der kleine Menschenkind gefüllter wurde wie nie zuvor, obgleich die Eltern hingenommen und dorbtien, damit ihm nur ja nichts abging — der kleine Gert wollte sich nicht erholen.

Das warst so rote, aufgebunse Gesichtchen wurde bleicher und bleicher und magerer und magerer.

"Das Kind hat ihn so mitgenommen," meinte der Arzt achzend, "und dann — die schlechte Luft hier in dieser Gegend! Schaffen Sie ihm ein paar Wochen fort! Am besten aus Meer! Sonst stehe ich für nichts."

Fort ins Meer! Bitter lächelte Salomea auf. Sie hätte Schulden gemacht während Gerts Krankheit — überall, beim Schöpfer, beim Vater, beim Gemüsehändler. Aus Mitleid hatte man ihr gegeben, ohne Geld, was sie verlangte. Der kleine, schwatzige Junge war überall in der Nachbarschaft beliebt.

Und nun — fort! Ins Meer! Sonst stand der Arzt nicht ein für das Leben des Kindes. Großer Gott!

Seit Wochen schon war Kurt nicht mehr in seinem Atelier gewesen. Er hatte genug zu tun, um Ilse und Klein-Eva in Ordnung zu halten. Und überdies — das ganze Atelier stand und hing ja voll Bilder jeder Größe. Und nie ein Häuser. Wo zu immer weiter malen — ohne Ilse und Biell.

Gerte nun durfte Gert zum ersten Male das Bett verlassen. Ratt, schwack zum Umsinken schwankte er am Arm der Mutter ins Wohnzimmer.

Die kleine Ilse, die ihn nach seiner Krankheit zum ersten Mal sah, wollte ihm entgegenkommen, blieb jedoch entsezt bei seinen Jubel auf den Platz gebannt.

"Und der arme Junge hustete so arg! Und sein Hustus ging so schwer und unregelmäßig!"

In die Nähe eingewandert! sah er zwischen Papa und Mame auf dem altdötsischen Sofa. Rüde schweiften seine Jetzt überwunden, dunkel umrandeten Augen durchs Zimmer.

Blödiglich belebte sich sein matter Blick. Sein dünnner Begleitsänger deutete auf die Kommode, wo noch immer Trägards Pakete lagen. Niemand hatte während der schweren Zeit daran gedacht. Sie wegzuwerfen oder gar zu öffnen.

Dienstag, den 16. Februar 1921

SÄLTIGE WELTZEITUNG

Nr. 87, Seite 3

Die Theorie führt dann Geschenke an, die dem Parlament vorgelegt werden sollen, und große über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum Schutz der englischen Hauptindustrien gegen unkontrollierten Wettbewerb, sowie einige andere auf die innere Politik bezügliche Maßnahmen. Niedrige Kostenfrage heißt es in der Theorie, es werde bestrebt, im Anschluss an die demokratische erfolgende Aushebung der Kontrolle über den Industriepreis und der Kontrolle über die Menge der Ausfuhrerholde so bald wie möglich die Freiheit des Kohlenhandels vollständig herzustellen. Die Theorie schließt mit den Worten: Die Minister hoffen außerdem, daß die Aufgabe des Ausschusses, der eigentlich die Frage der Reform des Oberhauses prüft, bald beendet sein wird, damit das Parlament im Laufe der gegenwärtigen Session Vorschläge unterbreiten werden können.

London, 15. Februar. Sir Auckland Geddes, der englische Botschafter in Washington, ist heute vorzeitig nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Das Echo von Stuttgart

Paris, 15. Februar. Die Stuttgarter Rede des Ministers Dr. Simons schreibt "Petit Journal": Die zwei letzten Wochen schienen Simons noch nicht zur Einsicht gebracht zu haben. Die Stuttgarter Rede sei vielmehr eine Bekämpfung der Rede im Reichstag. Von einer Feststellung des Gutshabens, von einer Parochialsumme von festen oder abänderungsfähigen Jahreszahlungen sei keine Rede. Nichts von allem, schreibt das Blatt, passt den Deutschen. Was wollen sie denn in London? Sie haben nur einen Grund, nach London zu gehen: Sie zu gewinnen. Das Blatt hofft, daß die Alliierten, die Simons noch nicht seine Absichten kundgegeben habe, die nächsten Wochen dazu benutzen würden, sich im Vorraus über ein kurzgeschlossenes Vorgehen einig zu werden, um dann, so schreibt das Blatt wörtlich, falls die deutschen Delegationsgenügend festgestellt sei, zu den bewohnten Inseln zu greifen, die das Berliner Kabinett so sehr fürchtet. Auch die Morgenblätter äußern sich im allgemeinen noch nicht zur Stuttgarter Rede des Ministers des Außenwesens. Im "Daily Telegraph" schreibt ein diplomatischer Mitarbeiter: Von einer britischen Stelle sei die Rede von Simons als durchaus sinnhaft bezeichnet worden. Daß Simons die Pariser Summen phantastisch gittert, sei nicht unerwartet getommen. Simons müsse sich jedoch vergegenwärtigen, daß die Alliierten sich darin einig seien, jede weitere Herabsetzung der deutschen Reparationssumme zu verhindern. Das Anerbieten, in Arbeit zu ziehen, sei nichts anderes als das Angebot von Simons in Spa in einem anderen Gewande, dochgleich die Anwendung auf die Notwendigkeit internationales Kredite. Eine neue Note in der Note des deutschen Ministers ist der Vorschlag, daß der Hauptteil der deutschen Ausfuhr in Zukunft nach den Märkten Europas gerichtet sein müsse.

Der Reklame-Direktor der "Morning Post" meldet seinem Platze: Die deutschen Minister unterschrieben im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz zu Mexiko einen politischen Vertrag in die Provinzen. Die deutschen Delegierten würden daher sicher mit dem Vorsitzenden des Landes hinter sich nach London kommen.

Die deutschen Gegenvorschläge

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Kommanden Heute wird der englische Sachverständigen-Ausschuß, der zur Formulierung der in London zu unterbrechenden deutschen Gegenvorschläge eingesetzt wurde, zu einer zweiten Sitzung zusammenkommen. Die verschiedenen Sachverständigen haben sich in der Zwischenzeit mit einer einnehmenden Gründung der Unterlagen beschäftigt, die einen vorläufigen Überblick über die deutsche Produktionskraft ermöglichen werden.

Die Verbesserung der Weltwirtschaft

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Zum ersten Male seit längerer Zeit gehen wieder ausführliche Meldungen vor, welche auf einen hoffnungsvollen Ton gestimmt sind und die Wiederaufbau besserer Wirtschaftszeiten ins Auge fassen. Besonders deutlich ist das insofern vor allem, als diese Meldungen gleichzeitig aus Amerika und England, also den wichtigsten weltwirtschaftlichen Gebieten einstreifen. Die Londoner Times hat im übrigen schon vor längerer Zeit den Standpunkt vertreten, daß die Konjunktur für ihren Zielpunkt nähere und daß etwa um die Jahresmitte eine allgemeine Konjunkturverbesserung im Weltmarkt erwartet werden dürfe.

Amerikas Einwandererpolitik

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Washington, 16. Februar. Der Senatsausschuß arbeitet ein neues Einwanderungsgesetz aus. Es ist bedachtigt, jedem Land eine sättigende Einwanderungsflut zuzugewähren, doch 5 Prozent der schon in den Vereinigten Staaten lebenden Wohlbewohner beträgt. Es darf nicht mehr als 1/2 dieses Jahresflutens in einem Monat einwandern. Dadurch soll die Einwanderung aus Europa und Süd-Europa eingeschränkt werden.

Ein Kabinett Branting

Stockholm, 15. Februar. Der König hat dem früheren Ministerpräsidenten Branting den Auftrag gegeben, eine neue Regierung zu bilden.

Frieden in Kleinasien?

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Paris, 16. Februar. Der Temos bringt eine Information aus Konstantinopel, die von einer Verständigung zwischen König Konstantin und den Kemalisten spricht: Der Friede in Kleinasien soll wieder hergestellt werden, damit die Kemalisten ihre ganzen Streitkräfte gegen Frankreich vereinigen könnten.

Poincaré Vorsitzender im Senatsausschuß

Paris, 15. Februar. Der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat heute an Stelle des Senators de Selles den ehemaligen Präsidenten der Republik Poincaré zu seinem Vorsitzenden gewählt. Poincaré erhält 19 Stimmen, de Selles 13. Die Abgeordneten wurden gewählt. Dommartin und de Selles. Besondere Untersuchungen werden morgen die Abänderung des Vertrages von Sevres und die Pariser Vereinbarungen prüfen.

Griechenland vergrößert sich

Paris, 15. Februar. Berlin sagt im "Echo de Paris" mit, daß es Venizelos noch einmal gelungen sei, Lord George für eine territoriale Vergleichung Griechenlands zu gewinnen. Es habe den Anschein, daß die Engländer auf der Orientkonferenz in London die These verteidigen wollten, den Vertrag von Sevres so lange aufrechtzuhalten, wie Griechenland seine Verpflichtungen erfülle. Dies bedeutet ein Abwenden vom Standpunkt, den die interalliierten Ministerpräsidenten anlässlich der Unwesenheit von Venizelos im Dezember eingenommen hätten. Berlin glaubt, wenn die Entscheidung im englischen Ministerium so ausgefallen sei, so sei ein Mißerfolg der Verhandlungen von London sicher.

Benesch - Millerand

Paris, 15. Februar. Nach Meldungen aus Paris wurde der französischen Minister des Innern Dr. Benesch vom Präsidenten Millerand empfangen. Er besprach mit ihm in längerer Konferenz die dringenden mittelosteuropäischen Fragen. Dr. Benesch hatte auch im französischen Ministerium des

heutigen eine Besprechung über die bestehende Zusammenkunft von Vertretern der Nachfolgestaaten in Portofino. Dabei wurde ein Programm im Sinne der Verhandlungen, die Dr. Benesch bereits in Rom mit den italienischen Staatsministern geführt hatte, festgesetzt. Der französischen Minister hatte in Paris auch eine Konferenz mit dem polnischen Minister Sapieha.

Die polnischen Finanzen

Berlin, 15. Februar. Der Warschauer Korrespondent der "Voss. Zeit." schreibt über den chaotischen Zustand der polnischen Staatswirtschaft u. a.: Der polnische Staatsvoranschlag weist einen Fehlbetrag von 80 Milliarden auf. Am meisten geht das polnische Geschehen am polnischen Staats- und Goldförder. Es beansprucht 80 v. H. der gesamten polnischen Staatsaufgaben. Damit Staatsvoranschlag für 1921 besitzt das relativ kleine Polen die größte Armee von ganz Europa, für deren Unterhalt sein einziger Pfennig aus den Staatsaufnahmen verwendet werden kann, da die Mittelaufnahme 80 Milliarden polnische Mark betragen und ebenso hoch sind wie das Defizit im Staatshaushalt.

Polnische Enttäuschung

Posen, 15. Februar. "Kurier Poznański" veröffentlicht den Wortlaut einer Entschließung, welche die polnischen Vertreter Pommerells auf der Brandenburger Versammlung vom 31. v. M. getroffen haben. In dieser steht es mit einem Hinweis auf Preußen: Nur fordere von den Warschauer Nachbarn die gleiche achtungsvolle und unverzichtbare Verwaltung, das gleiche hoheitswidrige innergermanische Stadt- und Gerichtsverfahren, die gleichen sozialen Einrichtungen, die den Bürger, Bauer und Arbeiter schützen, die in der wichtigen Bedeutung der Kommunalverbände, die vorzüglichen Kunstschatze, Grauenhäuser und sonstigen glänzenden Errichtungen, die das Gebiet der deutschen Herrschaft zu verdanken habe.

Aus Oberschlesien

Kattowitz, 15. Februar. Der deutsche Plebiszit-Kommissar für den Kreis Hindenburg hat an die Herren Lerond, de Marini und Berthel folgendes Schreiben geschickt: Am 8. d. ds. wurde auf dem Wege vom deutschen Plebiszit-Kommissar in Breslau nach seiner Wohnung der Propstfahrt-Pfarrer Paul Schmitz, Vater von 5 Kindern, meidlings erschossen. Am 9. d. ds. wurde in Hindenburg ein deutsches Vergnügen durch politische Spione-Bande gespielt, die heimsuchenden Teilnehmer überfallen und schwer mißhandelt und der Siegelmeister Max Krüger, Vater von vier Kindern, erschossen. Am 10. d. ds. wurde ein Auto zwischen Napospau und Kreiswitz von bewaffneten Polen überfallen, ein Insasse erschossen und der Chauffeur schwer verwundet. Am 12. d. vormittags wurde die Ortsstelle Bielobitz des dortigen Plebiszit-Kommissariats von 200 Polen umstellt. Die Menge erzwang den Eingang in das Bureau, beschmierte die Wohnung und durchsuchte das ganze Haus nach dem Ortsstellenleiter, Major Weise, bedrohte seine Frau und entwendete ihr Portefeuille Alten. Am 12. d. wurden nachmittags in der Nähe der Nebenstelle in Napospau polnische bewaffnete Banden festgestellt, und am Sonntag wurde im Napospauer Gelande von etwa 120 Personen eine regelrechte Felddivision abgehalten. Im Namen der deutschen Bevölkerung des Kreises Hindenburg bitte ich um Schutz und Entsendung einer Untersuchungskommission zwecks Belehrung und Verstrafung der Schuldigen.

Dresden, 15. Februar. Der Hilfsausschuss der heimativen Oberschlesier in Holland hat an die interalliierte Abstimmungskommission in Oberösterreich folgende Drahtstange gerichtet: Die zahlreichen in Holland wohnenden Abstimmungsberechtigten Oberschlesier erheben im Anschluß an ihre Drahtstange vom 12. Januar einen Einspruch gegen die Handhabung und Durchführung der Abstimmungsordnung, insbesondere dagegen, daß auf die grobe Weise der eingetauschten Anteile von den vorzülichen Ausköpfen keinerlei Einspruchserledigung oder sonstige Rücksichtnahme erfolgte, obwohl die Einspruchsstelle bereits zahlreiche Verstöße erkannt hat. Es erfreut mich die Tatsache, daß die Abstimmungsberechtigten bei nicht erfolgter Aufnahme in die Stimmlisten nicht rechtzeitig Einspruch erheben können. Als heute haben nur 4 Prozent der hierigen Abstimmungsberechtigten eine Aufnahmenachfrage erhalten. Es wird daher die sofortige Verlängerung der Einspruchsstelle gefordert und gleichzeitig namens aller in Große Kommanden schon jetzt Einspruch eingelegt.

Neue Durchsuchungen

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Steinach, 16. Februar. Wie die "Freizeitung" erichtet, setzte die Kontrollkommission die Durchsuchung deutscher Schiffe nach Wasser fort. In Hamburg hat der Vertreter der englischen Kommission gedroht, daß deutsche Dampfer im Falle des Auslaufs ohne Genehmigung der Untiere vom echten britischen Kreuzer auf See aufgebracht würden. Auch auf neutrale Dampfer erstreckt sich die Durchsuchung.

Der Wiederaufbau

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Paul "Berliner Tageblatt", hat das Reichsministerium für Wiederaufbau eine Denkschrift verfaßt, in der über den Stand der Wiederaufbauarbeit in Nordfrankreich zu Beginn dieses Jahres genaue Angaben gemacht werden. Danach sind unter andern von Eisenbahnen mehr als 90 Prozent wieder hergestellt und für die Landwirtschaft etwa 50 Prozent der zerstörten Häuser wieder nutzbar gemacht. Von Bergwerken sind 15 Prozent wieder hergestellt und von den zerstörten Häusern erst rund 2 1/2 Prozent. Weiter wird mitgeteilt, daß bisher deutsche Arbeiter im zerstörten Gebiete nicht tätig gewesen seien und daß es abgelehnt werde, deutsche Firmen unmittelbar am Aufbau teilnehmen zu lassen.

Wien, 15. Februar. Auf dem gestern eröffneten Vertreterkongress der Metallarbeiter Deutschösterreich legte Otto Bauer dar, daß gegenwärtig der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs sich mit Rückicht auf die Nachwährung in Europa nur auf kapitalistischer Grundlage vollziehen könne. Das ausländische Kapital sei noch viel zu stark, als daß man davon könnte, den Entwicklungsansturm aufzuhören. Doch müsse darauf hingewiesen werden, daß in dem Maßstab, in dem die Arbeiterschaft so stark bleibe, daß in dem Augenblick, wo im Auslande sich der Umschwung vollziehe, er auch in Österreich möglich sei. Wichtig sei die Selbstverwaltung der Arbeiterschaft.

Italienischer Wiederaufbau

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 16. Februar. Zur Beendigung der Schäden in der Kriegszone beschloß die Regierung die Ausgabe einer Prämienanleihe von 30 Prozentigen auf sieben Jahre lautenden Schatzscheinen.

Berliner Sowjetunruhen

Berlin, 15. Februar. Neben durchgreifende Veränderungen in der Berliner Vertretung der Sowjetrepublik wird mitgeteilt, daß die Vertretung in verschiedenen selbständigen Sektionen geteilt und daß vor allem eine handelspolitische Abteilung errichtet werden dürfte. Sowohl sollen eigene Abteilungen für Kriegsgeschäfte wesen und Propaganda errichtet werden. Berlin solle der Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung in Westeuropa werden.

Putschprozeß

Moskau, 15. Februar. Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 30. Mai v. J. ist der Prozeß gegen den Kommunistenführer Albert Baket und Genossen wegen der hier und in Stendal aufgedeckten Vorbereitungen zu einem neuen Kommunistenrat dem außerordentlichen Gerichte des Reichswehrgruppenkommandos I überwiesen worden. Baket wurde vor einigen Tagen in das hierfür militärgängige als Untersuchungsgefangen gebracht. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Bildung bewaffneter Horden laut § 127 des Strafgelebuchs und Hochverrats.

Dessau, 15. Februar. Hier begann heute vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin unter Vorsteher des Landgerichtsdirektors Schmidt-Vante (Berlin) der vierte höchstes Putschprozeß. Angeklagt sind 25 Personen wegen Teilnahme an einer durch Verordnung des Reichspräsidenten verbotenen Organisation (rote Armee).

Braunschweiger Regierung und Landesynode

Braunschweig, 16. Februar. Infolge des Beschlusses des braunschweigischen Landtages, durch den die Landessynode als nicht grundsätzlich angesehen wird, trat heute die Landessynode zu einer Sitzung zusammen, in der eine Entschließung gefaßt wurde, die dahin geht, daß die Landessynode als zu Recht bestehend betrachtet und die von ihr erlassenen Kirchengesetze als rechtmäßig angesehen. Die Reichsregierung soll angefordert werden, das Reichsgericht als Staatsgerichtshof zur Entscheidung über die eingegangenen Erlasse des Landtages und der Landessynode einzusehen. Diese Entschließung wurde einstimmig gefaßt.

Das Konservengesetz aufgehoben

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Der Reichsernährungsminister hat die Auflösung der seit fünf Jahren bestehenden Verordnung beschlossen, durch die die Herstellung von Dauermarken und die Herstellung von Fleisjkonserven verboten waren.

Die Kindererholung

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Der preußische Minister für Volkswirtschaft, für Landwirtschaft und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung haben an die Oberpräsidenten der Regierungen, Landräte und Präfekte einen Erlass verfaßt, in dem die Notwendigkeit einer Kindererholung für die unterverschätzten Kinder der Großstädte und Industriegebiete durch vorübergehende Unterbringung auf dem Lande, wie sie die Reichsorganisation des Vereins Landauerschaft für Stadtinder im Vorjahr mit Erfolg durchführte, auf neue empfohlen würden.

Die Banknotensärfchungen

Berlin, 15. Februar. Nachdem die Reichsbanknotengeldstelle seit bereits länger als einem Jahre nahezu 200 Personen hätte festnehmen lassen, die falsche Künzigmarschnecke willentlich in den Verkehr gebracht hatten, ist es jetzt gelungen, in dem geständigen Steinbrucharbeiter Kutschler den Hanfhersteller von falschen braunen 50-Mark-Banknoten vom 20. November 1918, braunen Darlehnskassenbeinen vom 20. Dezember 1918 und grünen 50-Marknoten vom 24. Juni 1919 zu verhaften. Weiter sucht sind noch 11 Personen als Mitverstatter eingeliefert worden.

Der neue Eisenbahntarif

Berlin, 15. Februar. Heute morgen trat unter dem Vorsteher des Staatssekretärs Süley der Sachverständigerbeirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den von dem Ministerium und den südbayrischen Eisenbahnkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Tariftarife seine Mitteilungen abzugeben. In der Eröffnungsrede mahnte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach wie bei der Neuordnung der Gütertarife am 1. Dezember 1919 eine organische Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrtpreise sollen sich auf Einheitssäulen aufbauen. Sie betragen für die 4. Klasse 18, die 3. Klasse 19, die 2. Klasse 22,5 und die 1. Klasse 35,5 Pf. für den Kilometer. Gegenüber den Friedensfahrtpreisen bedeuten diese Säule eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 735 Prozent für die 1. Klasse. Demnach wurde z. B. eine Reise Berlin-Hamburg künftig statt 28 M. statt bisher 15,6 M. in der 4. Klasse, 57 M. statt bisher 24,4 M. in der 3. Klasse, 85 M. statt bisher 20,7 M. in der 2. und 170 M. statt 88,6 M. in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin-Königsberg betragen die neuen Fahrtpreise 71 M. gegen 49 M. in der 4. Klasse, 106 gegen 78 M. in der 3. Klasse, 178 M. gegen 120,8 M. in der 2. und 316 M. gegen 201,8 M. in der 1. Klasse. Die Schnellzugsaufschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen Dreigelenksystems (bis 75, 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8, 10 und 12 M. in der 1. und 2. Klasse, auf 4, 8 und 12 M. in der 3. Klasse. Die neuen Fahrtpreise sollen am 1. April 1921 in Kraft treten.

Festungsbefreiung

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 16. Februar. Wie aus Mainz gemeldet wird, ist jetzt mit der Niederlegung der Festungsanlagen der Stadtseitigkeiten von Mainz begonnen worden, und zwar handelt es sich um die Festungsmauer und Schleusung des Forts Saalburg, Saalbach, Mariendorf, Hechenheim und Weinheim.

Die amerikanischen Milchbücher

Berlin, 15. Februar. Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich bisher einer glatten Lösung der Sowjetunion an die Regierung der amerikanischen Milchbücher entgegenstellten, konnten nunmehr in der Sowjetunion überwunden werden. Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft war in der Sowjetunion

Mittwoch den 16. Februar 1921

lung der Preise beweiset worden sind. Es sind hier zwei Aktionen zu unterscheiden: Die der Textilindustrieversorgung, die Aufträge ins Vogtland und in das Glashauer Tertiärgebiet vergeben hat unter Mitwirkung eines Beirates, der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern besteht. Für mehrere Millionen Mark Aufträge sind erzielt worden. Daneben läuft eine Aktion der Großindustriengenossenschaft der deutschen Konzernvereine, die für einen 5 Mill. Mark Waren in dem westfälischen Tertiärgebiet bestellt hat. Es handelt sich in der Hoffnung um Lagerwaren, die in Rücksicht genommen wurden gegen die Verschärfung, neue Waren anzufertigen und Arbeitlose einzustellen. Bei beiden Aktionen wurden Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit verwendet. Der Einbruch, den der Haushaltshaushalt von den Regierungserklärungen erhielt, war kein besonderer Glücksfall. Trotz der Verbesserung der Waren war der Absatz außerordentlich schleppend, da infolge des Monopolkartellwesens die Waren im freien Handel im allgemeinen ebenso zu haben sind, wie durch die behördlichen Organisationen. Es ist daher auch mit einer Einschränkung dieser Textilindustrieversorgung zu rechnen. Ammernd haben die staatlichen Maßnahmen erheblich zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit in den Tertiärgebieten Sachsen beigetragen.

Der Ausbildung berief weiter über die Verbesserung der Arbeitslosigkeit im Vogtland durch Herausziehung neuer Industrien, wozu ein demokratischer Antrag Dr. Reinhold vorlag, der die Reaktion erinnern soll, bis zu 20 Millionen gering verarbeitlicher und unverarbeitlicher Dasehen zur Herstellung neuer Fabrikations zu gewähren. Es bereitete Einigkeit darüber, dass lediglich durch die Verbesserung neuer Industrieweise ins Vogtland der Arbeitslosigkeit dauernd abzuholzen ist.

Nachrichten aus Sachsen

Die Deutsche Kirche in Sachsen sieht um 8 Februar die heutige Sitzung des Landesausschusses ab, in der der Vorstand, Herr Landesverteidiger Max Weidmann vorst. Dr. Thiele die kirchliche Mithilfe machen konnte, doch bis in diesem Tage der Betrag von 320000 Mark eingebracht ist. Derzeit fehlen jedoch noch eine Reihe gründer Städte und etwa 340 Landgemeinden.

Leipzig, 16. Februar. Dem Altkatholiken, dem pharmazeutischen Institut Dr. phil. et med. Robert Schäffer aus Köln ist die Lehrberechtigung für das Fach der Pharmakologie in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ertheilt worden.

Elberfeld, 1. Februar. Am Sonntag, den 1. Februar, fand hier die Wahl statt für den Gemeinderat, den 1. B. die Regierung aufgelöst. Die vereinigten Bürgermeister erlangten 11, die Mehrheitssozialisten 7, die Unabhängigen 2 Stimmen.

Zwickau, 15. Februar. Der Rat der Stadt beschloß für die Hinterbliebenen der in Oelsnitz im Ergebnis der voreingestellten Vergleiche eine Spende von 1000 Mark zu überweisen. Weiter erklärte er seine Zustimmung dazu, daß im Schwimmbad im Stadtteil zu Ehren der gefallenen Angehörigen des ehemaligen Infanterieregiments Nr. 183 ein Denkmal errichtet wird.

Aus Dresden

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. Am 28. Februar werden auf Ausweis 541, der als Voranmeldung bis Sonnabend den 18. Februar 1921 bei einem beliebigen Fleischer abzugeben ist, 125 g Geflügelndfleisch zu den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt.

Eine Bauaufsichtsbehörde für Nichtschüler ist durch die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 2. Februar eingesetzt worden, um den Bauabschlägen, die keine regelmäßige Bauausbildung genießen konnten oder wollten, die aber doch die Kenntnisse und Fertigkeiten eines Bauschülers zu haben glauben, Gelegenheit zu bieten, sich das Reifezeugnis eines Staatsbauschule zu erwerben. Nähere Auskunft hierüber ertheilen die Staatsschulen Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zittau.



**Kathol. Frauenbund
(Zweigverein Dresden).**

Montag den 21. Februar
abends 6 Uhr im kath. Gesellschaftsraum,
Großer Saal

Tee - Abend

(Musikalische Verträge, Theater, Teeküche).

Programm zu 2 Mark — zugleich Eintrittskarte — abends an der Poststelle zu entnehmen. — Gäste willkommen!

Volksverein für das katholische Deutschland
Ortsgruppe Dresden-Neustadt.

Apologetische Vorträge

Dienstag d. 22. Februar „Euer Gottesdienst sei vernünftig“

Dienstag den 1. März „Der ganze Mensch muß glauben“

Dienstag den 8. März „Ein herrliches Erbe“.

Sämtliche Abende umrahmt von musikal. Darbietungen.

Abends Punkt 1/2 Uhr im „Ballhaus“, Bautzner Straße 35.

Redner an allen Abenden:

Der hochwürdige Herr Oblaten-Pater B. Langer.

Eintritt frei! Saal geheizt!

Erscheinen aller Mitglieder unseres Vereins und der Gemeinde ist Pflicht! Der Geschäftsführer.

Burkersrodaer Fräuleinstift
Dresden, Große Plauensche Straße 16

Katholische 10klassige höhere Mädchenschule
Anmeldungen für Ostern täglich von 12 bis 1 Uhr

Unsere Wohnung

ruft die Hausefrau zum Gatten neckisch ins Ohr,
ist diesen Winter wieder anstattig und warm

Sie bestellte, wie üblich, schmuckvollverglast

Brunn-Hitz, Torf und Zwickauer Steinheizk.-Gesellschaft
durch Fernruf 18907 im Spezialgeschäft

Hermann Hempel, Sägewerk und Kohlehandlung, Dresden, Zwickerstraße 5

Protestantische Anerkennungen

Im Döpplinger (evangelischen) Kirchenblatt, dessen zustimmende Besprechung des 28. Februar Katholikentag hier erwähnt war, steht in Nr. 8 des 8. Jahrganges von der „Katholischen Sächsischen Volkszeitung“, daß sie „eigenmächtig der Beachtung weitster protestantischer Kreise ganz besonders wert ist.“ (S. 28.)

Außerdem heißt es in einem Bericht über Baunen: Deutsche und Wenden trachten ihr Heimatrecht, und seit 1840 vereinigt die große Kirche St. Peter evangelische und katholische Beter. Nur ein Glitter trennt die beiden Teile, und während im Westteil der evangelische Pfarrer predigt, knien im Osten die Katholiken und beten. Umgekehrt kann's nicht sein, da wir Evangelische noch immer zu außergottesdienstlichen Stunden an verschlossene Kirchenläden treten, und nur in Dresden an der Frauenkirche stand ich ein Blatt, das die Stunden mittelt, an denen die Kirche täglich geöffnet ist. Während also in der Wendenstadt katholische Gottesdienst ist, ist der protestantische Teil verschlossen und man muß im katholischen den Roskölken zuschauen. Ich erlebte dort eins Totenfeier. In der Kirche stand der Sarg daneben schwulent Chorhaben das Kreuz und die weihrauchende Schalen, und der Priester las die Messe. Das waren würdige Beter und waren ebenso ernst, wie die katholischen Mädchen, die ich neben ihren Trauböcken und Gemütsfestsachen vor der heiligen Barbara in Görlitz und München knien sah. — Eine Sache zu mir ein sehr deutliches Wort, als er mit mir sprechen wollte, daß in Baunen auch das evangelische Leben nichts Wege mache: „Druck erzeugt Gegendruck! Die katholische Krönigkeit erstarkt unser protestantisches Gewissen.“

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Johannstadt. Altherrenbund (Altersabteilung des katholischen Junglingsverbandes). Am vergangenen Montag hielt der Altherrenbund seine diesjährige Generalversammlung ab. Ein vom Vorstand seines Völkertags verfaßter Jahresbericht gab Zeugnis von der eifigen Tätigkeit des Vereins. Nicht minder erfreute der Jahresbericht des bewährten Kassierers Franz Eipel. Nachdem der Präsident Herr Kaplan Rönsahl allen dankte, die ihre Kräfte dem Verein in dieser oder jener Hinsicht zur Verfügung gestellt hatten, erklärte er allen Vorstandsmitgliedern Entschuldigung. Der neu gewählte Vorstand legt nun nunmehr, nachdem der bisherige Vorstand eine Wiederwahl ablehnte, wie folgt zusammen: Hermann Breitkopf, Vorsteher: Franz Eipel, Kassier: Dr. Ludwig Höhne, Schriftleiter: Johannes Baron, Turnwart: Erich Liebscher, Sportleiter. Zu den Bewilligungsabstimmungen wurden Fritz Leitner und Paul Waraczeyski gewählt. Nächste Versammlung: Montag den 25. Februar, im St. Gereon-Gesellschaftshaus, Borsberg'sche Müller-Werft-Straße. —

Leipzig. Die erste Mitgliederversammlung des Junge-Landes (Windthorstbund) Leipzig, fand am 8. Februar 1921 abends halb 8 Uhr im Saale des Evangelischen Vereinshauses statt. Nach Verlesung des Protolls der diesjährigen Generalversammlung durch den Schriftführer, Herrn Wagner, souffte der neue Vorstand, Herr Joseph Pfaff, Herrn Lehrer Just das Wort zu seinem Vortrag geben. Am Stelle des angezeigten Thomas vollendete der Herr Lehrer die uns gestellten Pariser Forderungen einer ernsthaften und klaren Prüfung. Die Ausführungen führten zu dem Resultat, daß die Annahme, wie uns unmöglich ist. Im Anschluß hieran redigierte der Referent die Politik des Centenniums, als es sich um die Unterzeichnung des Verfaßten Vertrages handelte, und gab das Memorandum Erzberger über die Unterzeichnung bekannt. Auch die Entnahmeverträge wurde gestellt. Kleider Beifall lohnte die vorzülichen Ausführungen. Nach der Debatte begann der unterhaltsame Teil. Er zeigte sich größtenteils aus registratorischen Darbietungen ersten und letzten Charakters zusammen. Gegen 10 Uhr fand die Versammlung ihr Ende. Abw.

Übersbach i. Sa. Am 18. Februar hielt der Volksverein seine Monatsversammlung ab. Lebhaft Günther hielt einen Vortrag über „Aufstand und der Polizeiwissenschaft“. Der Vortrag war sehr gut. Für den Volksverein wurden 18 M. gesammelt.

Göltzschthal i. Sa. Die bisher mit dem kath. Männerverein verbundene kleine Ortsgruppe des Volksvereins f. d. D. hielt leichtes Sommerspiel im Saale bei Böhl ihren am heutigen ersten Vorlesabend ab. Herr Obmann Rind eröffnete und begrüßte die Versammlung. Herr Bandesleiter Dr. Geychen-Berlin zeigte die faszinierende Art in die mit der sogenannten Friedensvertrag von Versailles getraut hat und wie dann nach, wie gerade die eindringende Kraft des Katholizismus, die sich im Volksverein aufwirkt, instande ist, die Gegenseite zu überreden und damit die Art extraktiv zu machen. Die ausgestellten Schriften faulen guten Absatz. Gegen 50 Neuanschaffungen waren der Erfolg des Abends.

Eingesandt

(Für diese Rubrik trägt die Redaktion nur die proßgesetzliche Verantwortung.)

Der sächsische Katholikentag 1921 soll nunmehr bestimmt in Baunen abgehalten werden und zwar ist als Zeitpunkt der Tagung wieder der Herbst in Ansicht genommen. Da sich bereits der Haupt- und Organisationsausschuss gebildet hat, wäre es da nicht möglich bis Ende März den endgültigen Zeitpunkt der Tagung bestimmt zu geben. Ende März sind bei den verschiedenen Behörden, Fabriken und sonstigen Betrieben die Urlaubsvorzeichnisse eingezogen und manche Beamte, Angestellte und Arbeiter werden diesen Urlaub entsprechend einzurichten, um der Tagung des Katholikentages in aller Ruhe beizuhören zu können, wenn der Zeitpunkt der Tagung bis dahin bekannt ist. R.-r.

Vorstand: für den redaktionellen Teil: Friedrich Göring für den Interessenten: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonie-Buchdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 16. Februar 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktionen	
3 Reichsanleihe	68,250	3 Jürgens	177,000
3 do.	65,750	14 Urste Kulmbacher	342,000
4 do.	67,750	8 Pötz-Brau	216,000
5 do.	77,375		
	84,250		
9 Sachs. Rente	57,250	9 Adas-Aktion	184,250
		10 Chmn. Bank-Verein	199,000
		11 Consumers u. Priv.	207,000
10 Dresden von 1875	91,000	12 Deutsche Bank	297,000
11 do. 1900/08	84,250	13 Löbauer Bank	205,000
12 do. 1913/15	80,250	14 Sachsenbank	288,000
Bank-Aktionen		Verschiedene Industrie-Aktionen	
15 Lanzitzer Pfandbr.	—	15 Zimmermann	275,000
16 do. do.	98,250	16 H. & A. Reicher	860,000
17 Lanzitzer Kreditbr.	88,500	17 Faradit	—
18 do. do.	108,250	18 Germaria	288,000
		19 Großher. Webstuhl	480,000
19 Chromo Altenburg	340,000	20 Lauchhammer	—
20 Krause u. Baumanz	464,900	21 Stohs. Gußstahl	984,000
21 Veremann	229,000	22 Hartmann	305,000
22 a. A.G.	202,000	23 Sondermann & Stier	—
23 Hasseröder Papierf.	297,000		
24 Vor. Bautzener P.-F.	890,000		
25 Weißesborner P.-F.	397,000		

Die fehlenden Kurse waren bei Fertigstellung unserer Zeitung noch nicht eingegangen.

Oberschlesier!

Die Einspruchsfrist läuft bald ab, erhebe jeder sofort Einspruch:

Wer keine Nachricht erhalten hat von seinem Geburtsort;
Wer Nachricht erhalten hat, daß sein Antrag abgelehnt ist;
Wer Nachricht erhalten hat, daß sein Antrag dem interalliierten Bureau zur Entscheidung übergeben ist.

Komme jeder sofort. Wer jetzt nicht kommt, dessen Stimme ist verloren.

Fahrgeld wird vergütet. — Geöffnet von 9 bis 7 Uhr.

Vorhandene Lichtbilder sowie Einwohnerschein sind mitzubringen.

Vereinigte Verbände heimatfreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Dresden

Strehlener Straße 58.

Landwirtschaftliche Lehranstalt zu Bautzen.

Das nächste Sommer-Semester beginnt Dienstag den 5. April 1921. Anmeldungen neuer Schüler nimmt der unterzeichnete Direktor entgegen, welcher auch gern bereit ist, weitere Auskunft zu erteilen.

Oekonomierat Professor Dr. Gräfe.

908

Die Ausdehnung des Kundenkreises
sollt einwandfrei Abschluß
material vorz. Bestellen Sie
davon das neue Dresdner Krebs-
buch beim Verlag, Breite Strasse 1.

Amtliche Bekanntmachungen

Fleischversorgung in der Stadt Dresden

1. Auf Ausweis 541 sämtlicher Lebensmittelarten der Stadt Dresden Sonnabend den 26. Februar 1921.

125 g Geflügelndfleisch.

2. Voranmeldung mit Übergabe der Ausweise 541 bei einer fleischigen Fleischer bis

Sonnabend den 19. Februar 1921.

3. Übergabe der Fleischscheine mit den Ausweisen bis

Montag den 21. Februar 1921.

4. Verkaufspreis 11.00 Mark für das Pfund, 2.75 Mark